

Sozial, ökologisch, friedlich!

Es geht um Inhalte.

Eine besondere Lage erfordert auch besondere politische Antworten. Uns geht es derzeit in der öffentlichen Debatte zu sehr um abstrakte Farbenspiele, und zu wenig um die notwendigen fundamentalen inhaltlichen Weichenstellungen für Deutschland.

Die derzeitige Phase begreifen wir auch als Chance, von ausgetretenen politischen Pfaden abzuweichen sowie ritualisiertes Verhalten zu hinterfragen. Bis es wirklich Klarheit über eine Regierungsbildung oder möglicherweise Neuwahlen gibt, können noch Monate vergehen. Bis dahin sollte der Bundestag nicht in Stillstand verharren. Alle Gewalten des Staates sind arbeitsfähig. Eine Krise sieht nur derjenige, der das ignoriert oder sie unbedingt will. Diese Leute finden sich vor allem auf der rechten Seite des Parlaments. Wir haben ein gewähltes Parlament und die staatspolitische Verantwortung gebietet es, dass das jetzt voll arbeitsfähig wird. Wir plädieren, dass wir in der nächsten Sitzungswoche im Dezember alle Ausschüsse im Bundestag einsetzen und diese richtig anfangen zu arbeiten. Das bedeutet: Die geschäftsführende Bundesregierung kontrollieren und unserer Rolle als Gesetzgeber in dieser Übergangszeit gerecht werden.

Unser Ziel bleibt eine gemeinsame Mehrheit für eine sozial-ökologische Politik. Gegenwärtig geht es uns darum, die Möglichkeiten des Parlaments zu nutzen, um wichtige Inhalte zu diskutieren und möglicherweise, über Parteigrenzen und gedachte Mehrheitskonstellationen hinweg gemeinsame Akzente zu setzen. Jetzt ist die Stunde des Parlamentes.

Unsere zentralen Anforderungen an die Politik jetzt und in Zukunft sind:

GUTE ARBEIT

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern deutlich gestärkt werden. Das ist insbesondere vor den Herausforderungen der Digitalisierung dringend erforderlich. Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt ist notwendig.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Wir wollen, dass die Schere zwischen Arm und Reich geschlossen wird. Das kann unter anderem über ein gerechteres Steuersystem, das den Staat handlungsfähig macht und die Spitzenverdienenden sowie Vermögenden in die Verantwortung nimmt. Die sozialen Sicherungssysteme müssen wieder so instand gesetzt werden, dass das Alter und besondere Lebenssituationen gut abgesichert sind. Dazu müssen alle Bürgerinnen und Bürger in gesetzliche Sozialversicherungen einbezogen werden.

KLIMASCHUTZ

Klimaschutz ist eine Verpflichtung für die Welt und richtig für eine Modernisierung des Landes. Ohne einen verlässlichen Fahrplan für den Kohleausstieg, den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien und eine andere Verkehrs-, Landwirtschafts- sowie Wohnungsbaupolitik geht das nicht. Deutschland muss seine selbst gesetzten Klimaschutzziele einhalten. Regionale Umbauprozesse müssen organisiert und soziale Härten abgefedert werden.

GERECHTE WELTPOLITIK

Deutschland hat Verantwortung für eine gerechtere Weltpolitik durch neue auf Entwicklung gerichtete Handelsverträge, durch eine restriktive Rüstungsexportpolitik und mehr Hilfe für die Menschen in humanitären Krisen. Die Globalisierung muss sozial-ökologisch gestaltet werden und darf nicht einseitig auf die Interessen von großen Konzernen und Wohlhabenden ausgerichtet sein.

EUROPA

Europa ist unsere Zukunft. Deutschland muss jetzt Europa gemeinsam mit anderen Partnern weiterentwickeln. Eine soziale-ökologische Investitionsoffensive statt harter Sparpolitik müssen jetzt gemeinsam angegangen werden. Die Europäische Union muss für mehr Arbeitsplätze, mehr soziale Gerechtigkeit, gegen Steuerdumping und für eine abgestimmte humane Flüchtlingspolitik stehen.

INNENPOLITIK

Wir wollen einen Staat, der auch im Inneren handlungsfähig ist und öffentliche Sicherheit gut organisiert. Einen Überwachungsstaat, der Freiheiten und Bürgerechte immer mehr einschränkt, lehnen wir ab. Eine Migrationspolitik, die gleichzeitig steuert, humanen Grundsätzen folgt und Menschenrechte konsequent einhält, ist möglich und wünschenswert. Einen weiteren Rechtsruck in der Asyl- und Innenpolitik darf es nicht geben.

GUTES WOHNEN

Es gibt ein Recht auf Wohnen. Der soziale Wohnungsbau muss massiv ausgeweitet und Mietwucher bekämpft werden. Asoziale Praktiken von Vermietern wollen wir unterbinden.

Birke Bull, MdB Die Linke

Sven-Christian Kindler, MdB Grüne

Monika Lazar, MdB Grüne

Stefan Liebich, MdB Die Linke

Sönke Rix, MdB SPD

Frank Schwabe, MdB SPD

Angela Marquardt, Geschäftsführerin der Denkfabrik in der SPD-Bundestagsfraktion